

Transfer

Newsletter

7

15. Februar 2003

Themen:

Studien **1**
 Projekte **7**
 Medien **11**
 Kontakte **15**
 Impressum **18**



ginko
 Landeskoordinierungsstelle
 für Suchtvorbeugung
 in NRW

Im Auftrag des
 Ministeriums für
 Frauen, Jugend,
 Familie und Gesundheit
 des Landes
 Nordrhein-Westfalen



► Nordrhein-Westfälischer Kooperationstag "Sucht und Drogen"

Eine Initiative im Rahmen des Landesprogramms gegen Sucht

Bereits zum zweiten Mal wird unter der Federführung der Ärztekammer Westfalen-Lippe ein Aktionstag „Sucht und Drogen“ mit „workshops“, Fachvorträgen und Projektpräsentationen durchgeführt.

Im Fordergrund steht die gemeinsame Fortbildung und der gegenseitige Austausch der verschiedenen an der Prävention und Therapie von Sucht beteiligten Berufsgruppen in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus wird auch der interessierten Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, die umfassenden Angebote der Sucht- und Drogenhilfe in Nordrhein-Westfalen kennen zu lernen.

Neben den Plenumsvorträgen und workshops zu unterschiedlichsten Themen, z.B. „Sport und Sucht“ oder „Frühintervention“, werden Institutionen, Verbände und Vereine auf einem „Markt der Möglichkeiten“ ihre Angebote und Projekte

vorstellen. In entspannter „Markt“-Atmosphäre wird es ausreichend Gelegenheit zum Erfahrungs- und Informationsaustausch geben.

Angelika Fiedler

Termin: Samstag, 22. Februar 2003

Uhrzeit: 10.00 bis 17.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Fachhochschule Dortmund
 Sonnenstraße 96
 44137 Dortmund

Auskunft und Information:

Akademie für ärztliche Fortbildung der ÄKWL und der KVWL, Postfach 40 67, 48022 Münster, Telefon: 0251/929-2201/ -2207, Fax: 0251/929-2249, e-mail: akademie@aekwl.de oder Referat „Sucht und Drogen“, Telefon: 0251/929-2641, e-mail: bksucht@aekwl.de

► Jede dritte Schülerin leidet an Essproblemen Medizinische Psychologen der Universität Jena legen Studie zur Bulimie vor - von Prof. Dr. Bernhard Strauss, Institut für Medizinische Psychologie der Universität Jena

In Deutschland litten nach Schätzungen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Jahr 2000 mehr als 100.000 Frauen zwischen 15 und 35 Jahren an Magersucht (Anorexie), etwa 600.000 Frauen sind von der Ess-Brechsucht (Bulimie) betroffen. Ein Forschungsteam des Instituts für Medizinische Psychologie der Universität Jena nahm diese Zahlen zum Anlass, Vorformen und Frühsymptome von Essstörungen zu untersuchen. Nach ihren Erkenntnissen leidet

bereits jede dritte Schülerin an Frühformen einer Essstörung.

Mittels eines Fragebogens wurden 369 SchülerInnen der Jahrgangsstufen neun bis 11 (Gymnasien) in Jena und Göttingen sowie 367 Studierende verschiedener Fachrichtungen in Jena und Zwickau zu ihrem Essverhalten befragt.

Die Ergebnisse zeigen, dass insgesamt 29 Prozent der weiblichen und 13 Prozent der männlichen Befragten als anfällig für eine Essstörung

Jede dritte
Schülerin leidet
an Essproblemen

gelten können. Deutlicher höher fällt das Ergebnis bei den befragten Schülerinnen aus: Demnach weisen 35 Prozent dieser Teilpopulation Vorformen eines gestörten Essverhaltens auf, bei 14 Prozent besteht bereits ein sehr hohes Risiko, eine Anorexie oder Bulimie zu entwickeln. Der Anteil unter den (älteren) Studentinnen fällt mit 23 Prozent etwas geringer aus. Regionale Unterschiede sind ebenfalls erkennbar. So zeigen die Schülerinnen aus Westdeutschland 56 Prozent und aus Ostdeutschland 30 Prozent Anzeichen dieser Störung.

Die Studie zeigt auf, dass psychologische Auffälligkeiten und Störungen der Körperwahrnehmung eine Ursache für die Essstörungen sein können. So gaben beispielsweise 42 Prozent der Schülerinnen an, übergewichtig zu sein, wäh-

rend nur acht Prozent von ihnen tatsächlich Übergewicht hatten. Bei der Frage nach dem Untergewicht gaben sechs Prozent der Versuchspersonen an, untergewichtig zu sein, während es in Wirklichkeit 33 Prozent waren. Der Autor macht darauf aufmerksam, dass gerade in Einrichtungen mit verstärktem Leistungsanspruch ein erhöhtes Risiko für junge Menschen besteht, an Essstörungen zu erkranken. Daher sind sowohl Eltern als auch Freunde und Mitschüler aufgefordert, frühzeitig erste Anzeichen wahrzunehmen und entsprechend zu intervenieren.

Autorin: Natalie Scherer

Quelle: Strauss, B. (2002): Jede dritte Schülerin leidet an Essproblemen. Medizinische Psychologen der Universität Jena legen Studie zur Bulimie vor. In: Konturen, Heft 3, S. 24-25.

Wie der Körper Angst bewältigt von G. Marsicano u.a.

Cannabinoid-
Rezeptor
spielt eine
Rolle

Zum Alltag des Menschen gehört es, mit Ängsten umzugehen, beispielsweise im Straßenverkehr oder beim Kontakt mit Fremden. Unlängst haben jedoch Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie Ergebnisse veröffentlicht, denen zufolge dem Cannabinoid-Rezeptor eine zentrale Rolle bei der Bewältigung von Angstzuständen zukommt.

Phobiker sind in bestimmten Situationen nicht in der Lage, ihre Ängste zu kontrollieren, sie leiden unter Überreaktionen und Panikattacken. Bei der Suche nach den damit verbundenen biochemischen Vorgängen im Körper stießen die Forscher des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in einem Laborexperiment mit Mäusen auf den Einfluss der körpereigenen Substanz CB1 auf die Angstverarbeitung. Diese Substanz gleicht in ihrem Aufbau der molekularen Struktur von THC, dem Wirkstoff von Cannabis. Diese Ergebnisse nehmen jedoch keinen Bezug auf die angstlösende Wirkung des Cannabiskonsums. Zu Untersuchungszwecken wurden mit Hilfe genetischer Manipulation Mäuse gezüchtet, die

über keine CB1-Rezeptoren verfügten. Zum Vergleich dienten „normale“ Mäuse, die diesem Eingriff nicht unterzogen wurden. Das Experiment bestand darin, beide Mäusetypen zunächst einem neutralen Reiz, einem Tonsignal sowie einem unangenehmen Reiz, der nicht genauer benannt wird, auszusetzen. In den folgenden Tagen wurde als Reiz nur noch das Tonsignal wiederholt, um die Reaktion der Mäuse zu untersuchen.

Es konnte nachgewiesen werden, dass das Fehlen von CB1-Rezeptoren zu einer Verschlechterung der Anpassungsfähigkeit an unangenehme Reize führt. Weitere Versuche sind erforderlich. Der Nutzen dieser Ergebnisse kann, nach Meinung der Autoren, darin liegen, neue Therapieformen für Phobien zu entwickeln.

Autor: Steffen Zdun

Quelle: Marsicano, G.; Wotjak, C. T.; Azad, S. C.; Bisogno, T.; Rammes, G.; Cascio, M. G.; Hermann, H.; Tang, J.; Hofmann, C.; Zieglgänsberger, W.; Di Marzo, V. & Lutz, B. (2002): The endogenous cannabinoid system controls extinction of aversive memories. In: Nature, 418, S. 530-534.

► *Ecstasy und Normenbewusstsein*

Eine kriminalsoziologische Studie von H. Klöckner

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Rechtstreue von Ecstasykonsumenten. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass der Konsum von Ecstasy in der Techno-Szene nicht als auslösendes Moment für eine nachfolgende Delinquenz im Alltag zu verstehen ist.

Die Forschungshypothese der vorliegenden Studie besagt, dass Ecstasykonsumierende Jugendliche als Teilmenge der Techno-Kultur im Alltag keine erhöhte Delinquenzrate aufweisen und sich außerhalb der Szene normkonform verhalten. Sie können zwischen Alltag und Techno-/Partywelt trennscharf unterscheiden.

Zur Bestätigung bzw. Falsifizierung der aufgestellten Hypothese wurde auf verschiedene Methoden der empirischen Sozialforschung zurückgegriffen. U. a. wurden die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durchgeführten Surveys einer Sekundäranalyse unterzogen sowie eine Literaturanalyse durchgeführt. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass es keine Hinweise darauf gibt, dass strafbewertetes Handeln in der Techno-Szene (Verstoß gegen das BtMG) einen negativen Einfluss auf das normkonforme Verhalten bzw. das Rechtsbewusstsein der Konsumenten in ihrem Alltag hat. Demnach kann der Konsum von Ecstasy in der Techno-Szene nicht als auslösen-

des Moment für eine nachfolgende Delinquenz im Alltag verstanden werden.

Die Rechtstreue ist besonders bei Konsumenten mit guter bzw. sehr guter Schulbildung ausgeprägt. Sie genießen in der Mehrzahl eine mittelschichtorientierte Erziehung und wissen um die Konsequenzen delinquenten Verhaltens in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig konsumieren sie in der Komplementärwelt eine illegale Partydroge, die ihnen die Möglichkeit bietet, ihre im Alltag unerfüllten Wünsche nach Glück und Wärme auszuleben. Sie verstehen den Konsum als Fortsetzung des im Alltag erlernten Verhaltens mit anderen Mitteln und entwickeln daher kein Unrechtsbewusstsein.

Abschließend regt der Autor an, die Kausalitätskette zwischen Ecstasykonsum und nachfolgender Delinquenz weiter kritisch zu beobachten. Darüber hinaus dürften erfolgversprechende Ansätze in der Drogen- und Suchtprävention nicht durch interventionistische Maßnahmen seitens der Strafverfolgungsbehörden konterkariert werden.

Autorin: Natalie Scherer

Quelle: Klöckner, H. (2001): *Ecstasy und Normenbewusstsein. Eine kriminalsoziologische Studie zu einem Massenphänomen. Marburg.*

Ecstasy-Konsum hat keinen negativen Einfluss auf das Normenbewusstsein im Alltag

► *Euregionale Befragung zum Risikoverhalten Jugendlicher 2001*

Die Studie „Euregionale Befragung zum Risikoverhalten Jugendlicher 2001“ stellt das Freizeit- und Risikoverhalten Jugendlicher in der Stadt Aachen dar. Sie steht in Zusammenhang mit gleichen oder ähnlichen Befragungen in den Nachbarregionen (in Deutschland, den Niederlanden und Belgien) und liefert vergleichbare

Ergebnisse. Der deskriptive Bericht geht zurück auf eine Initiative der Gesundheitsämter der Region Niederländisch Limburg, die im Jahr 2000 alle benachbarten Regionen eingeladen hatten, an einer Befragung dieser Art teilzunehmen. Befragt wurden Schüler und Schülerinnen der Klassen 8-10 nahezu aller weiterführenden

Risikoverhalten in Deutschland und in den Nachbarregionen ist vergleichbar

Handlungs-
bedarf

Schulen in Aachen. Von den 3200 Befragten waren 49,2% männlichen und 50,8% weiblichen Geschlechts. Ziel der Befragung war, das Risikoverhalten Jugendlicher auf lokaler Ebene einschätzen und Gesundheitsziele und Handlungsanweisungen für die Zukunft ableiten zu können. Besonderes Augenmerk lag dabei auf dem Missbrauch von legalen und illegalen Drogen. Die Fragen bezogen sich auf die Bereiche:

- allgemeine Gesundheit: gute bis sehr gute Bewertung der Gesundheit bei 85,5% der Jungen der 8. Klasse bzw. bei 79,0% der Mädchen der 8. Klasse;
- Schulbesuch: der Anteil der „Schulschwänzer“ war relativ hoch: 8. Klasse: 16,6% der Jungen und 17,4% der Mädchen, 10. Klasse: 26,6% der Jungen und 24,9% der Mädchen;
- Freizeitverhalten: der Anteil der nicht Sport treibenden Schüler ist abhängig von der Schulform (Gymnasien: 7% aller Schüler, Realschulen: 12%, Gesamtschulen: 15%, Hauptschulen 17%, Sonderschulen 38%);
- Substanzmittelmissbrauch/-gebrauch: nur 10,8% der Jungen und 15,2% der Mädchen der 10. Klasse haben in den letzten vier Wochen vor der Befragung keinen Alkohol getrunken; der Konsum illegaler Drogen liegt nur bei Amphetaminen (mit 10,5% bei Jungen der 10. Klasse), Pilzen (mit 12,2% bei Jungen der 10. Klasse) und Cannabis (in den letzten vier Wochen vor der Befragung haben 33,6% der Jungen und 19,3% der Mädchen in der 10. Klasse Cannabis konsumiert) über der 5%-Marke;
- Sexualität: in der 10. Klasse hatten 38,5% der Jungen und 33,9% der Mädchen schon

Geschlechtsverkehr, der Anteil an ungeschütztem Geschlechtsverkehr schwankt zwischen 21% und 47%;

- Sozialpharmazie: die Rate der Medikamenteneinnahme in den letzten 12 Monaten ist mit 42,6% bei Jungen und 50,9% bei Mädchen der 8. Klasse hoch;
- Ernährungsverhalten: 56% der Mädchen in der 8. Klasse und 60% der Mädchen in der 10. Klasse fühlen sich zu dick.

Im letzten Teil der Studie werden Vorschläge für zukünftige Handlungsfelder gemacht. Es wird konstatiert, dass ein zu großer Anteil der Jugendlichen in Aachen raucht (23% der Jungen und 29% der Mädchen der 8. Klasse) und das durchschnittliche Eintrittsalter mit 11,1 Jahren sehr niedrig ist. 44% der Jungen und 31% der Mädchen der 10. Klasse geben an, in den letzten vier Wochen ein- oder mehrfach „stark angeschlagen“ oder betrunken gewesen zu sein. Hier besteht ebenso wie beim Cannabis- und Nikotinkonsum Handlungsbedarf in Form von Aufklärung, Information oder z.B. Rauchverbotszonen in Schulen. Eine Reduktion ungeschützten Geschlechtsverkehrs im Zuge von AIDS-Beratung wäre ebenso wie die Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten (auch Prävention von Essstörungen) wünschenswert. Die Ergebnisse der Studie können als Basis dienen, gezielte Programme zu entwickeln, um Jugendliche zu befähigen, auch mit einem risikoreichen Lebensstil eigenverantwortlich und selbstbewusst umzugehen.

Autor: Tobias Kirsten

Quelle: Oberbürgermeister Stadt Aachen/Gesundheitsamt (2002): Euregionale Befragung zum Risikoverhalten Jugendlicher 2001.

▶ **Elterlicher Alkoholismus und jugendlicher Alkoholkonsum**

von R. Lieb

Elterlicher Alkoholismus hat einen Einfluss auf das Trinkverhalten Jugendlicher. Das belegen zahlreiche klinische Studien. Wie übertragbar

sind diese Ergebnisse jedoch auf die Allgemeinheit? Um dieser Frage nachzugehen, untersuchten Forscher des Max-Planck-Instituts das Trink-

verhalten von Jugendlichen und deren Eltern in einer regionalen Bevölkerungsumfrage. Im Rahmen einer Bevölkerungsumfrage konnten Daten von 3.021 über eine Zufallsstichprobe ausgewählten Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren gewonnen werden. Den Probanden wurden Fragebögen vorgelegt, die sowohl den eigenen als auch den Alkoholkonsum ihrer Eltern thematisierten. Um letzteren Aspekt bei den jüngeren Teilnehmern zu verifizieren, wurden zudem die Eltern der unter 17jährigen in Interviews nach ihrem Konsum befragt (64ff.). Es stellte sich heraus, dass insgesamt 7,5% der Mütter sowie 18,1% der Väter Alkoholmissbrauch betrieben bzw. alkoholabhängig waren. Die Studie belegt, dass Jugendliche, von denen wenigstens ein Elternteil Alkoholmissbrauch betreibt, häufiger zu Konsumauffälligkeiten neigen, als wenn dies nicht der Fall ist. Missbrauchsverhalten der Mutter erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche regelmäßig anstatt gelegentlich Alkohol trinken. Gravierender wirkt sich das väterliche Konsumverhalten aus. Zeigen diese ein missbräuchliches Trinkverhalten, dann weisen auch die Kinder ein riskantes Konsumverhalten auf.¹ Wenn beide Elternteile betroffen sind, besteht die höchste Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen gefährliche Konsummuster entwickeln.² Dabei gibt es keine Unter-

schiede zwischen den weiblichen und den männlichen Heranwachsenden (68ff.). Das Trinkverhalten der Eltern hat zudem Einfluss darauf, wann Jugendliche mit dem Alkoholmissbrauch beginnen. Speziell bei Jugendlichen, deren beide Elternteile alkoholabhängig sind, nimmt der Konsum bereits im Alter zwischen 14 und 17 Jahren stark zu und erreicht riskante Ausmaße. Hingegen entwickelt sich das Konsumverhalten der übrigen Jugendlichen langsamer und weniger riskant.³ Elterlicher Alkoholismus konnte also im Rahmen einer regionalen Untersuchung als bedeutender Risikofaktor für den Alkoholkonsum Jugendlicher bestätigt werden. Er beeinflusst nicht nur die Konsummuster, sondern trägt auch zu frühzeitigem Alkoholmissbrauch sowie zur Entstehung von Alkoholismus im Jugendalter bei. Beschränkungen hinsichtlich der Aussagekraft der Ergebnisse sehen die Autoren einerseits darin, dass nicht alle Eltern befragt wurden. Andererseits hat die Konzentration auf einen Risikofaktor zur Folge, dass weitere Einflussgrößen ausgeklammert bleiben.

Autor: Steffen Zdun

Quelle: Lieb, R.; Merikangas, K. R.; Höfler, M.; Pfister, H.; Isensee, B. & Wittchen, H.-U. (2002): Parental alcohol use disorders and alcohol use and disorders in offspring: a community study. In: Psychological Medicine, 32, S. 63-78.

¹Damit ist ein täglicher Konsum von mehr als 40g Reinalkohol für Männer und 20g für Frauen gemeint (66).

²So führt übermäßiger Konsum beider Elternteile in 64,1% der Fälle zu gefährlichen Konsummustern bei den Jugendlichen. Konsumiert nur die Mutter über die Maßen, dann liegt der Wert bei 55,2%. Konsumieren ausschließlich die Väter exzessiv, dann stehen 62,7% der Jugendlichen in dieser Gefahr (70).

³Der Konsum steigt auch in dieser Gruppe ab dem 14. Lebensjahr an, allerdings in den ersten Jahren nur unwesentlich, bis er im Alter zwischen 17 und etwa 21 Jahren seinen Höhepunkt erreicht.

*Einfluss auf
Beginn des
missbräuchlichen Konsum-
verhaltens*

*Einfluss auf
riskante
Konsum-
muster*

► **Privilegierte Migranten oder Risikogruppe?** von M. Westphal

Die Autorin richtet sich gegen die undifferenzierte Annahme, dass Jugendliche aus diesen Familien hinsichtlich Drogen, Delinquenz und Gewalt eine besondere Risikogruppe darstellen würden und zieht insgesamt positive Schlüsse

hinsichtlich Integrationswillen und -leistung dieser Gruppe.

In der Bundesrepublik Deutschland leben gegenwärtig ca. 500.000 jugendliche AussiedlerInnen, 44% der im Jahr 2000 eingereisten

Integrations-
probleme

SpätaussiedlerInnen sind unter 25 Jahre alt. Dies belegt die quantitative Bedeutsamkeit dieser Gruppe. Es zeigen sich seit Anfang der 1990er Jahre eine abnehmende Akzeptanz seitens der einheimischen Bevölkerung für die Aussiedlerzuwanderung sowie zunehmende Eingliederungsprobleme auf kommunaler Ebene, etwa eine angespannte Wohnsituation, Arbeitslosigkeit, Sprachschwierigkeiten, Unterversorgung in den Bereichen Schule, Kinderbetreuung, Förderunterricht usw. Integrationsprobleme bestehen gerade bei den Kindern aus Aussiedlerfamilien, weil diese meist nicht selbst entschieden haben, aus ihrem Land auszureisen. Die Autorin stellt die derzeitige Situation der jungen AussiedlerInnen hinsichtlich dieser Problemfelder dar.

Empirische Studien haben gezeigt, dass positive Einstellungen hinsichtlich der Freiwilligkeit und Akzeptanz in Bezug auf die Ausreise aus der Heimat einen günstigen Effekt auf Befindlichkeit und Integrationswillen haben. So belegt eine Untersuchung (N=300), dass drei Viertel der Jugendlichen nach vier Jahren in Deutschland keine wesentlichen Probleme mehr hatten. Bei einem Viertel traten dagegen Probleme wie depressive Stimmungen, schlechte Noten in der Schule und teilweise übermäßiger Alkoholkonsum auf. In einer weiteren Studie (N=2.376 Jugendliche, davon 1.196 Aussiedler, 989 einheimische und 191 ausländische Jugendliche) konnte festgestellt werden, dass jugendliche AussiedlerInnen keinesfalls eher, sondern sogar seltener zu Drogenmissbrauch, -kriminalität und gewaltförmigem Verhalten neigen als andere

Jugendliche aus Gruppen vergleichbarer sozialer Lage.

Eine starke peer-group-Orientierung seitens der untersuchten Jugendlichen konnte festgestellt werden. In der eigenen Gruppe, die sich meist aus Leuten der gleichen oder ähnlichen Herkunft zusammensetzt, können Schwierigkeiten und unsichere Zukunftsperspektiven besprochen und bewältigt werden. Es ist wichtig, sich in der eigenen Gruppe von deutschen Jugendlichen abzugrenzen, um so eigene Interessen und Handlungsweisen zu verfolgen. Dies kann nach Meinung der Autorin zu einer gelungenen Integration beitragen und helfen, mit Konfliktsituationen angemessen umgehen zu können. Es kann aber auch zu einer Art „Außenseitermentalität“ führen.

Jugendliche und auch ältere AussiedlerInnen sehen sich nach dieser Untersuchung häufig nicht „zwischen zwei Welten“, sondern in einem Prozess des Reflektierens und Neudefinierens. Es kann davon ausgegangen werden, dass Integrationswille durchaus vorhanden ist und durch den richtigen Zugang zu diesen Gruppen gefördert werden kann. Für zukünftige Forschung und Praxis zur Migration wird es als notwendig erachtet, den Blick stärker auf Ressourcen, Kompetenzen und Eigeninitiativen der Migranten zu richten, durch die die Integration erleichtert werden kann.

Autor: Tobias Kirsten

Quelle: Westphal, Manuela (2002): Privilegierte Migranten oder Risikogruppe? Die besondere Situation von Mädchen und Jungen aus Aussiedlerfamilien, in: *projugend* 3, S. 4-7.

Seltener

Drogen-

missbrauch

- Kriminalität

und Gewalt

► *Suchtrisiko bei Lesben und Schwulen*

von N. Scherbaum und U. Mascher

N. Scherbaum und U. Mascher beschäftigen sich in ihrer Studie mit dem Suchtrisiko von Lesben und Schwulen. Sie kommen zu dem Schluss, dass homosexuelle Männer und Frauen ein erhöhtes Risiko aufweisen, „ein problematisches Konsumverhalten zu entwickeln, Suchtmittel zu

missbrauchen oder von Suchtmitteln abhängig zu werden“ (49). Dies hat seinen Grund u.a. darin, dass Lesben und Schwule aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation spezifischen Stressoren ausgesetzt sind, die nicht selten mit Alkohol- und Drogenkonsum kompensiert werden.

Hinzu kommt, dass insbesondere homosexuelle Männer einen Großteil ihrer Freizeit in speziellen Homosexuellen-Bars verbringen, was Drogenmissbrauch und -abhängigkeit fördert.

Zum methodischen Design lässt sich sagen, dass Studien aus der Medline-Datenbank ausgewertet wurden, wobei vornehmlich Untersuchungen aus den USA, Kanada und Australien in die Stichprobe einfließen. Ursächlich hierfür war, dass „epidemiologische Daten über die Situation in Deutschland (...) auf diesem Weg nicht zu ermitteln (waren)“ (6).

Bezogen auf konkrete Substanzen scheinen Homosexuelle nicht nur ein erhöhtes Alkoholismusrisiko zu haben, sondern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auch verstärkt Beruhigungsmittel zu konsumieren. Auch „Amphetamine („Speed“) gehören zu den Drogen, die von Homosexuellen häufig verwendet werden“ (32). Stark verbreitet ist unter Homosexuellen der Gebrauch so genannter „Poppers“ (Amylnitrit und verwandte Substanzen). Diese Substanzen dienen der sexuellen Stimulation und werden „häufig vor oder während des Analverkehrs (...) konsumiert“ (24).

Neben dem Drogenmissbrauch sprechen die Autoren in ihrer Studie weitere Risikofaktoren im Zusammenhang mit Homosexualität an. So werden Jugendliche mit homo- oder bisexueller Orientierung nicht selten Opfer von Gewalt durch Mitschüler. Darüber hinaus scheinen Homosexuelle häufiger Suizid zu begehen als

heterosexuelle Menschen. Zum gesellschaftlichen Umgang mit Homosexualität stellen die Wissenschaftler fest, dass man die in unserer Gesellschaft weit verbreitete Homophobie auch in Hilfseinrichtungen findet. Deshalb schlagen die Autoren u.a. vor, „das Thema Homosexualität stärker in der medizinischen Ausbildung zu berücksichtigen“ (50). Auch Aufklärungs- und Präventionsschriften sollten so formuliert sein, dass auch homosexuelle Menschen sich angesprochen fühlen. So können nach Meinung von Scherbaum/Mascher „Hemmschwellen zur Aufnahme einer Behandlung abgebaut werden“ (50).

Aber auch die Schulen sehen die Wissenschaftler in der Pflicht. So fordern sie, dass dort das Thema Homosexualität „ohne Tabus und wert-frei“ aufgegriffen wird, um jugendlichen Homosexuellen das Gefühl zu nehmen, sie seien abnorm, denn nicht selten führt die Ausgrenzung der Betroffenen durch die Umwelt zu einem frühen Suchtmittelmissbrauch. Darüber hinaus regen Scherbaum/Mascher gezielte Drogenpräventionsprogramme an, so z.B. gezielte Aktionen in Homosexuellen-Lokalen bzw. die Durchführung von Maßnahmen, die die Problematik des Amylnitritkonsums aufgreifen.

Autor: Thomas Schweer

Quelle: Scherbaum, N. u. U. Mascher (2002): Suchtrisiko bei Lesben und Schwulen. Literaturrecherche erstellt im Auftrag des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW. Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie. Rheinische Kliniken Essen

Vornehmlich Untersuchungen aus den USA, Kanada und Australien

Anregung zu gezielten Präventionsbemühungen

► **FemmesTische mit Migrantinnen**

Elternbildung am Stubentisch

Die Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland hat gemeinsam mit dem Projekt „Migrantinnen machen Elternbildung“ das Pilotprojekt „FemmesTische mit Migrantinnen“ ins Leben gerufen. In diesem niederschweligen Elternbildungsprojekt treffen fremdsprachige Mütter zu Gesprächsrunden zusammen. Durch den Austausch von frauen- und migrationspezifischen Erfahrungen entwickeln sie u.a. mehr Sicherheit

in der Bewältigung ihrer Lebens- und Erziehungssituation im Gastland.

Dieses neuartige Elternbildungsprojekt wendet sich speziell an fremdsprachige Familien, die in konventionellen Eltern- und Präventionskursen nicht erreicht werden. Die FemmesTische mit Migrantinnen wurden ins Leben gerufen, um Kontakte und Selbsthilfe unter den ausländischen Müttern zu fördern.

Gesprächsgruppen für fremdsprachige Mütter

große
Akzeptanz



www.femmetische.ch

Daher besuchten Anfang des Jahres 2000 sechs Migrantinnen aus Lateinamerika und aus der Türkei einen Moderatorinnenkurs und führten verteilt im Zürcher Oberland verschiedene FemmesTisch-Runden durch. Das Thema lautete: „Unsere Kinder wachsen mit zwei Sprachen auf – Problem oder Chance?“

Die Zielsetzungen waren zum einen, gut integrierte Migrantinnen in ihrer Muttersprache Gesprächsrunden leiten zu lassen, um einen Beitrag zur besseren Integration anderer Frauen zu leisten. Zum anderen sollten die Teilnehmerinnen ermutigt werden, erste Schritte aus der Isolation in Richtung Integration zu vollziehen. Darüber hinaus sollten sie mehr Sicherheit in der Bewältigung ihrer Lebens- und Erziehungssituation gewinnen.

Die FemmesTisch-Runden funktionieren nach dem Schneeballprinzip. Die Moderatorinnen suchen sich Gastgeberinnen, die wiederum sechs bis acht Mütter aus ihrer eigenen Ethnie zu sich nach Hause einladen. In dieser privaten Atmosphäre schauen sich die Frauen gemeinsam einen Videofilm zu einem Erziehungsthema an. Daraufhin diskutieren sie miteinander und tauschen Erfahrungen aus.

Die Teilnehmerinnen waren sehr zufrieden mit der Form der Zusammenkünfte und befürworteten überdies die Zentrierung auf ein bestimmtes Erziehungsthema. Sie schätzten den Erfah-

rungsaustausch in der eigenen Muttersprache, schilderten Probleme und erhielten Hilfestellungen bei deren Lösung.

Darüber hinaus wirken die FemmesTische suchtpreventiv, so Yvette Brunner-Weinmann von der Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland, insofern, als dass die Frauen „in ihrer Rolle gestärkt werden und Vernetzung gefördert wird“.

Aufgrund der großen Akzeptanz wurde das Projekt im Sommer 2000 innerhalb einer Promotionaktion der Gesundheitsstiftung Radix und des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) fortgesetzt und das Projekt- und Moderatorinnenteam auf fünf Ethnien erweitert. Mittlerweile (Stand 2002) sind bereits sechs Ethnien an den FemmesTisch-Runden beteiligt.

Der Erfolg gibt diesem niederschweligen Elternbildungsprojekt Recht. Es gewann den Anerkennungspreis 2000 der kantonalzürcherischen Arbeitsgemeinschaft für Elternbildung (KAEB) und 2002 den vom Schweizerischen Verband für Weiterbildung (SVEB) verliehenen Preis für Ausländerintegration (Wettbewerb des Schweizerischen Lernfestivals 2002).

FemmesTische mit Migrantinnen werden im übrigen auch in Deutschland angeboten. Nähere Informationen dazu sind bei der Dachorganisation unter www.femmetische.ch erhältlich.

Autorin: Natalie Scherer

Klasse 2000

Erfahrungen mit dem Gesundheitsförderungs-Programm von D. Kraus; T. Dupree u. P.L. Bölcskei

Das Programm „Klasse 2000“ wird bundesweit in knapp 5.000 Grundschulklassen durchgeführt (44). „Persönlichkeits- und Gesundheitsförderung“ (44), Verantwortlichkeit und Selbstbestimmung (44) und die Förderung der Konfliktfähigkeit sind zentrale Inhalte des Konzeptes. Es werden gesundheitliche Grundkenntnisse vermittelt und Übungen zur Entspannung und Körperwahrnehmung angeboten. Anschließend

wird der Fokus auf soziale Kompetenzen wie Selbstbehauptung und Konfliktlösung gerichtet. Ferner werden verschiedene Substanzen besprochen. Besonderheiten des Projektes sind die Finanzierung über Spenden, die Einbeziehung von Experten und Eltern sowie die Berücksichtigung der Interessen der Schüler (44f.).

Die vorliegende Evaluation des Programms richtete sich mittels Fragebogen an die betei-



ligten Lehrer. Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Zufriedenheit der Lehrenden mit der Überarbeitung des Präventionskonzepts für die 1. Jahrgangsstufe. Von den versandten Fragebögen konnten 364 ausgewertet werden. Dies entspricht einer Rücklaufquote von rund 27% (45).

Im Wesentlichen fielen die Antworten der Lehrer positiv aus, die konzeptuellen Änderungen haben offensichtlich zu einer Verbesserung des Programms beigetragen. Speziell die neuen Entspannungsübungen fanden mehr als 90% der Befragten „gut“. Erfreulich ist zudem, dass rund 80% der Lehrenden den erforderlichen Zeitaufwand für vertretbar halten. Unterschiede traten jedoch bei der Einschätzung der Vertreter der einzelnen Bundesländer bezüglich des Niveaus der Unterrichtsmaterialien für die Schüler auf.

Das heißt jedoch nicht, dass das Lernniveau in einigen Bundesländern höher ist als in anderen. Angebracht scheint allerdings ein Einsatz von Hilfsmitteln, der sich am Bildungsstand der jeweiligen Klasse ausrichtet (45ff.).

Die relativ geringe Rücklaufquote lässt allerdings Zweifel an der Repräsentativität der Ergebnisse aufkommen. Dennoch wird die Umsetzung von „Klasse2000“ grundsätzlich als sinnvoll erachtet, weil das Programm sich am Lehrplan orientiert, nur wenig Mehraufwand bedeutet und leicht umsetzbar ist. Es kann zu „einer regelmäßigen und wirkungsvollen Gesundheitsförderung“ (47) beitragen.

Autor: Steffen Zdun

Quelle: Kraus, D.; Dupree, T. u. Bölskei, P.L. (2002): Erfahrungen mit dem Gesundheitsförderungs-Programm „Klasse 2000“. In: Prävention, 2, S. 44-47.

*Klasse 2000
grundsätzlich
sinnvoll*

► Raucherentwöhnung an Schulen

von W. Hannover

Basierend auf dem Programm „Rauchfrei in 10 Schritten – eine Chance für Raucher“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wurde ein Nichtrauchertraining im Rahmen einer Projektwoche einer zehnten Realschulklasse durchgeführt und evaluiert. Es standen „acht Sitzungen von 45 Minuten, an vier Tagen“ (114) zur Verfügung. Die Teilnehmer setzen sich mit ihrem eigenen Konsumverhalten auseinander, wägen Vor- und Nachteile ab und thematisieren eine Verhaltensänderung. Erfolgreiche Strategien sowie Entspannungsübungen werden vermittelt. Abschließend werden die Jugendlichen darauf vorbereitet, Rückfälle zu akzeptieren und sie lernen, mit diesen umzugehen (114).

Um den Erfolg des Programms zu untersuchen, wurden die Teilnehmer vor und nach der Projektwoche sowohl nach ihrem Konsumverhalten als auch nach ihren Kenntnissen über Entwöhnung befragt. An der Untersuchung nahmen 13 Schülerinnen und Schüler im Alter von 16 Jahren teil, alle waren zu Projektbeginn Raucher. Die Entscheidung zur Teilnahme an der Raucherentwöhnung trafen sie selbst.

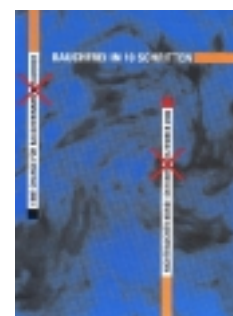
Am Ende der Maßnahme hatte keiner der Probanden mit dem Rauchen aufgehört. Allerdings rauchten neun von ihnen anschließend weniger. „Die Reduktion lag zwischen 20% und 75%“ (114). Die übrigen Vier wollten an ihrem Konsum nichts ändern. Dennoch war bei allen Befragten eine „sehr geringe Abhängigkeit“ (114) festzustellen.¹ Ferner zeigte sich, dass die Jugendlichen ihr Wissen über Entwöhnungsstrategien verbessern konnten.

Aufgrund der wenigen Teilnehmer sind die Ergebnisse nur als Anhaltspunkt zu verstehen und lassen keine Verallgemeinerung zu. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Raucherentwöhnung, die auf Abstinenz abzielt, langfristig angelegt zu sein hat, „zumal wenn diese über Reduktion erreicht werden soll“ (115).

Autor: Steffen Zdun

Quelle: Hannover, W. (2002): Konzeption und Evaluation eines Raucherentwöhnungs-programms für Jugendliche während einer Projektwoche an Schulen. In: Sucht, 2, S. 113-116.

¹ Diese wurde anhand des Fagerström-Tests für Nikotin-Abhängigkeit ermittelt und betrug zu Beginn und am Ende der Maßnahme jeweils zwei (114).



*Reduktion
zwischen
20% und
75%*

Fokussieren
auf Stärken

► **Unmotivierte Klienten - Motivierende Sozialarbeit**

von G. Gehrman u. K.D. Müller

Der Artikel geht auf das Problem ein, Klienten der sozialen Arbeit zu konstruktiver Mitarbeit zu motivieren. Die in der Praxis häufig vorkommende Orientierung an den „Problemen“ des Klienten ist weniger Erfolg versprechend als eine Fokussierung auf dessen „Stärken“.

Viele Sozialarbeiter stehen vor der Schwierigkeit, dass ihre Klienten häufig nicht selbst entscheiden haben, in Kontakt mit Hilfseinrichtungen zu treten. Hieraus folgt, dass die Klienten die Maßnahmen des Sozialarbeiters oft eher als Einschränkung der persönlichen Freiheit denn als angemessene Hilfe betrachten und nur geringe Motivation für konstruktive Mitarbeit aufbringen. Jeder Mensch braucht Freiheit für selbstbestimmtes Verhalten. Bei Bedrohung dieser Freiheit entwickelt er Widerstand als Reaktion des drohenden Freiheitsverlustes. Also ist es nicht sehr Erfolg versprechend, den Klienten mit der Verordnung von Zwangsmaßnahmen oder ausschließlich mit seinen Problemen zu konfrontieren, denn dies würde ihn wahrscheinlich nicht dazu motivieren, an sich zu arbeiten. Um es zu schaffen, die Motivation des Klienten zu gewinnen, bietet sich der Stärken- oder Non-Problem-Ansatz an. Dieser enthält eine größere

Orientierung des Sozialarbeiters an den Stärken und Ressourcen des Klienten als an dessen Problemen. Unter Stärken werden psychophysiologische Aspekte (geistige und körperliche Gesundheit), emotionale Fähigkeiten (Gefühle, Bestrebungen, Bewertungen) sowie pragmatische Fähigkeiten (Geschicklichkeit und Handlungsvermögen) verstanden. Die Ressourcen des Klienten, also die materielle Situation (Wohnung, Gehalt, Vermögen, Besitz), die psychosoziale Situation (Familie, Partner, Freunde) und die soziokulturelle Situation (Arbeit, Nachbarschaft, Hilfseinrichtungen) sind wie auch die Stärken ein wichtiger Aspekt von Hilfe zur Selbsthilfe. Es geht beim Non-Problem-Ansatz darum, die Stärken und Ressourcen des Klienten zu verbessern, und ihn so zu motivierter Zusammenarbeit mit dem Sozialarbeiter zu bringen und langfristige Verhaltensänderungen herbeizuführen.

Autor: Tobias Kirsten

Quelle: Gehrman, G. u. K. D. Müller (2002): Unmotivierte Klienten – Motivierende Sozialarbeit, in: Sozialmagazin 27 (10), 13-25.

Umgang mit
Widerstand

► **Suchtprävention für AussiedlerInnen nach dem „Keypersons-Ansatz“**

von R. Salman u. A. Kimil

1996 wurde im Ethno-Medizinischen Zentrum Hannover das Projekt „Interkulturelle Suchthilfe – Prävention und Beratung für Migranten“ gegründet. Hier werden Personen aus verschiedenen Migrantengruppen zu Suchtpräventions-

kräften ausgebildet, die Veranstaltungen zur Suchtprävention speziell für AussiedlerInnen anbieten.

Moderne Präventionsansätze sehen die Vermittlung allgemeiner Handlungs- und Konfliktbe-

Inter-
kultureller
Ansatz

wältigungsstrategien als zentrales Ziel, um die Eigenverantwortung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu fördern sowie zu deren Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Entscheidungskraft beizutragen. Da dies Themen sind, die vom traditionellen Lebenskonzept vieler Migranten abweichen, ist es wichtig, für diese Personengruppen migrationspezifische Präventionskonzepte zu entwickeln. Diese sollen dazu beitragen, das Thema zu enttabuisieren, Sensibilisierung zu erzeugen, Aufklärung zu leisten, Akzeptanz bei Migranten/innen gegenüber Suchthilfesystemen zu vergrößern und Ängste abzubauen.

Hierzu werden im Rahmen des o.g. Projektes „Keypersons“ ausgebildet, die den spezifischen kulturellen und sprachlichen Zugang zu Migranten beherrschen und akzeptierte Autoritäten innerhalb der eigenen Gemeinschaft darstellen. Es zeigt sich in den bisher über hundert mehrsprachigen Veranstaltungen mit mehr als 5000

Teilnehmern, dass erhebliche Informationsdefizite in Bezug auf das Thema „Drogen“ bestehen, insbesondere hinsichtlich Fragen zur „Früherkennung“ von Suchtproblemen und zur Inanspruchnahme staatlicher und sozialer Leistungen für Süchtige. Gerade der Informationsstand der Eltern konnte als gering eingestuft werden, die zweite Generation war im Regelfall informierter und aufgeschlossener in Bezug auf die Thematik.

Das Präventionskonzept mit „Keypersons“ hat sich bewährt, was man am großen Interesse und am Informationsbedarf seitens der Aussiedler feststellen konnte. Für Außenstehende, die nicht über den kulturellen und sprachlichen Zugang verfügen, wäre eine so erfolgreiche Präventionsarbeit mit Aussiedlern unmöglich gewesen.

Autor: Tobias Kirsten

Quelle: Salman, R. u. A. Kimil (2002): Suchtprävention für AussiedlerInnen nach dem „Keypersons-Ansatz“, in: *projugend* 3, S. 15-17.

Informationsdefizite

großes Interesse

► Was erwartet die Jugendhilfe von der Drogenhilfe?

von Hiltrud Wegehaupt

Im Vordergrund dieses Aufsatzes steht die Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Drogenhilfe. Die Autorin zeigt auf, welche Erwartungen die Jugendhilfe an die Drogenhilfe hat und welche Probleme sich ergeben. Eine Kooperation beider Hilfesysteme muss vermehrt auf gemeinsame Lösungsstrategien ausgerichtet sein, um Jugendlichen bessere geeignete Unterstützungsangebote ermöglichen zu können.

Die Studie „VERSO - Versorgungsbedarf bei früher Suchtgefährdung: Sekundärprävention im kommunalen Raum“ (vgl. Broekmann/Schmidt) belegt u.a., dass Jugendliche professionelle Hilfe eher meiden und lieber Hilfestel-

lungen durch Freunde und Familie in Anspruch nehmen. Daher geht die Autorin der Frage nach, welche Angebote Jugend- und Drogenhilfe bereitstellen müssen, um diese Jugendlichen erreichen zu können und wie welche Hürden und Vorurteile überwunden werden müssen, damit die beiden Hilfesysteme dieses als gemeinsame Aufgabe erkennen und umsetzen.

Dabei hebt sie auch vorhandene Differenzen zwischen den beiden Institutionen hervor: Während die Jugendhilfe mit dem Drogenkonsum Jugendlicher liberaler und großzügiger umgeht, ist die Drogenhilfe aus Sicht der Jugendhilfe nur mit den Problemen des

Gemeinsame Lösungsstrategien

Trainings für den Umgang mit konsumierenden Jugendlichen



Problematischer Drogenkonsum hat sich in einigen Ländern stabilisiert

Wachsende Zahl von behandlungsbedürftigen Konsumenten

Abbau von Strafen für den Eigengebrauch

Drogenkonsums bzw. der Abstinenz beschäftigt. Letztgenannte Institution nehme zu wenig Rücksicht auf jugendspezifische Verhaltensweisen und verbinde den Konsum automatisch mit Sucht.

Um diese Differenzen abzubauen, sind nach ihrer Auffassung Kooperationen zwischen Jugend- und Drogenhilfe auf verschiedenen Ebenen nötig. So könnte die Drogenhilfe die Jugendhilfe mit ihrem Spezialwissen über Drogen und Sucht unterstützen, beispielsweise in der Fallberatung oder bei der Entwick-

lung bestimmter Programme und Trainings für den Umgang mit drogenkonsumierenden Jugendlichen. Darüber hinaus sollten weitere Kooperationsformen verstärkt werden. Nur gemeinsam sind beide Hilfesysteme in der Lage, die Angebote „jugend-weltadäquater“ zu machen.

Autorin: Natalie Scherer

Quelle: Wegehaupt, H. (2002): Drogenkonsum ein Aspekt von vielen anderen. Was erwartet die Jugendhilfe von der Drogenhilfe/ Suchtkrankenhilfe? In: PARTNER-Magazin 3/2002, S. 30-34.

Jahresbericht über den Stand der Drogenproblematik in der Europäischen Union und in Norwegen

Dieser Bericht beschreibt detailliert die Drogensituation, daraus ableitbare Maßnahmen und wichtige Aspekte zu einigen ausgewählten Themen in der EU und in Norwegen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass auf diesem Gebiet aufgrund sich stabilisierender oder verstärkender Probleme in den nächsten Jahren erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Illegale Substanzen werden in allen Ländern vorwiegend von jungen erwachsenen Männern in städtischen Gebieten konsumiert. Hier ist hauptsächlich Cannabis zu nennen, was 5% - 15% der jungen Erwachsenen in den Ländern der EU während der letzten 12 Monate bzw. 10% - 30% der Erwachsenen schon mindestens einmal in der Vergangenheit zu sich genommen haben. Damit ist Cannabis weiterhin die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Der Probiertkonsum von Amphetaminen liegt in den untersuchten Ländern zwischen 1% und 6%, im Vereinigten Königreich sogar bei 11%. Der Konsum von synthetischen Drogen liegt bei der Allgemeinbevölkerung nur bei durchschnittlich 3%, ist aber deshalb Besorgnis erregend, weil er sich

auf Jugendliche im Nachtleben und die Diskoszene konzentriert, und der Markt synthetischer Drogen sich in diesen Bereichen ausweitet. Problematischer Drogenkonsum hat sich in einigen Ländern stabilisiert. Darüber hinaus wird von allen Ländern ein Anstieg der Anzahl der sich meist wegen Konsums von Opiaten in Behandlung befindenden Klienten sowie ein Anstieg der Anzahl der drogenbedingten Todesfälle berichtet. In der EU werden jedes Jahr 7000-8000 Drogentote gemeldet.

Europaweit wurde eine wachsende Zahl von Personen festgestellt, die wegen Drogenproblemen behandelt werden mussten, was jedoch teilweise auf eine verbesserte Datenerhebung zurückzuführen ist. Als Sekundärdroge in Verbindung mit Heroin und Alkohol spielt Kokain eine immer größere Rolle. Hinsichtlich Präventions- und Behandlungsmaßnahmen von Alkohol- und Tabakkonsum ist erhöhte Aufmerksamkeit festzustellen. Eine Reihe von Ländern hat sich entschieden, Strafen für den Eigengebrauch oder Besitz von Cannabis abzuschaffen oder zu verringern. Die Nachfrage nach Dro-

gen soll in den meisten Ländern durch Prävention an Schulen, Frühintervention für gefährdete Jugendliche und Maßnahmen im Strafverfolgungssystem reduziert werden; eine Senkung des Angebots von Drogen wird in den EU-Ländern durch Verbesserung der Bekämpfung des organisierten Drogenhandels angestrebt.

Die gleichzeitige Einnahme mehrerer Drogen (polyvalenter Drogenkonsum) kann als gefährlich angesehen werden; in einer neuen Studie aus dem Vereinigten Königreich (Naele 2001) zeigte sich, dass bei Überdosierungen in 73% der Fälle mehr als eine Droge konsumiert worden war. In einigen Ländern steigt weiterhin die Zahl der Todesfälle, die auf schwerwiegende Folgen polyvalenten Drogenkonsums zurückzuführen sind. Todesfälle von Freizeitkonsumenten, die nicht abhängig sind, sind verschwindend gering im Gegensatz zu denen bestimmter Problemgruppen (Opiatkonsumenten und Injizierende).

Ein Hauptziel der EU zur Drogenbekämpfung (2000-2004) besteht darin, die Anzahl der sich in Behandlung befindenden Drogenabhängigen erheblich zu erhöhen. Entzugsbehandlung, abstinenzorientierte und medikamentengestützte Behandlung werden angestrebt, der Erfolg die-

ser Maßnahmen wird in der Zukunft zu bewerten sein. Cannabis ist die am häufigsten beschlagnahmte Droge in jedem Mitgliedsstaat. Zusätzlich stellten die Behörden 2000 fast 9 Tonnen Heroin sicher und beschlagnahmten immer häufiger synthetische Drogen.

Alle europäischen Länder stehen vor großen Herausforderungen, die sich aus Drogenproblemen und drogenbedingten Infektionskrankheiten in Haftanstalten ergeben. Inhaftierte können in Bezug auf Drogenkonsum als besondere Risikogruppe angesehen werden. Der Anteil der Inhaftierten in der EU, die jemals mindestens eine illegale Droge konsumiert haben, schwankt je nach Haftanstalt zwischen 29% und 86% und liegt meist über 50%. Illegale Drogen sind dort zwar schwierig zu beschaffen, es ist aber so gut wie immer möglich. Dies stellt die Gefängnisleitung vor die Aufgabe, die Nachfrage nach Drogen im Strafvollzug zu reduzieren sowie Suchthilfe und Prävention vor Infektionskrankheiten zu leisten.

Autor: Tobias Kirsten

Quelle: Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (2002): Jahresbericht über den Stand der Drogenproblematik in der Europäischen Union und in Norwegen, Lissabon.

Prävention und Frühintervention

Bekämpfung des Drogenhandels

► **Fachkunde Suchtpsychologie**

Akademie für Gesundheitsförderung Rheinland e.V.

Die Akademie für Gesundheitsförderung Rheinland bietet die Weiterbildung zur Fachkunde Suchtpsychologie an. Angesprochen sind Dipl.-Psychologen und -innen sowie Vertreter anderer Berufsgruppen, die im Suchtbereich arbeiten oder eine entsprechende Tätigkeit planen.

Curriculum

Die Weiterbildungsregelung umfasst insgesamt 52 Unterrichtseinheiten, die auf vier Wochenenden verteilt angeboten werden. Die thematischen Schwerpunkte liegen bei:

tischen Schwerpunkte liegen bei:

Grundlagen der Suchtbehandlung, Suchtmittel (Alkohol, Medikamente, illegale Drogen, Tabak), motivierende Gesprächsführung, Rückfallprophylaxe, Abschlusskolloquium. Die Akademie für Gesundheitsförderung Rheinland ist für die Fachkunde Suchtpsychologie bei der Deutschen Gesellschaft für Suchtpsychologie akkreditiert.

Referenten

Herr Prof. Dr. Frietsch, Frau Dr. Funke, Frau Gies,

Weiterbildung für MitarbeiterInnen im Suchtbereich

Herr Kallina, Herr Prof. Dr. Klein,
Herr Dr. Schneider, Herr Dr. Schroeder

Termine

- 17. und 18. Januar 2003
- 31. bis 01. Februar 2003
- 14. und 15. Februar 2003
- 07. und 08. März 2003

Kosten

Die Seminargebühr beträgt 550 Euro inklusive 25 Euro Gebühr für Evaluation und Zertifikat.

Mitglieder der DGSPS erhalten eine 10%ige Preisreduktion, bei mehreren Teilnehmern aus einer Einrichtung erfolgt eine Preisreduktion nach Absprache.

Bei Nachfragen steht Ihnen zur Verfügung:

Herr Dr. Bernd Schneider,
Tel.: 02636 – 57115,
email: bschneid@ahg.de

► ***Hilfen für Kinder in suchtblasteten Familien***
Europäisches Netzwerk

*zweijähriges
Forschungs- und
Entwicklungsprojekt*

Die Europäische Union hat der KFH NW ein zweijähriges Forschungs- und Entwicklungsprojekt genehmigt, mit dem die bislang defizitären Hilfen für Kinder suchtkranker Eltern in den 15 Mitgliedsstaaten entwickelt werden sollen. Wie seit vielen Jahren bekannt ist, sind insbesondere die Kinder, die mit einem alkoholabhängigen Elternteil aufwachsen, einem stark erhöhten Risiko psychosozialer Fehlentwicklungen ausgesetzt. Zu den erwähnenswerten Störungen, die bei den bis zu 2 Millionen betroffenen Kindern und Jugendlichen in Deutschland auftreten können, gehören eigene Suchtprobleme, Depressionen, Hyperaktivität, Aufmerksamkeits- und Leistungsstörungen, Essstörungen sowie Suizidalität. Das neue europäische Netzwerk umfasst Vertreter aus allen 15 Mitgliedsstaaten und zusätzlich aus Norwegen. Zu den Initiatoren des Projekts zählen neben dem Forschungsschwerpunkt Sucht der KFH NW (vertreten durch den Leiter: Prof. Michael Klein) die Universitäten in Lund/Malmö (Schweden), Barcelona (Spanien) und Bath (England). Außerdem sind führende Praxis- und Forschungseinrichtungen aus Helsinki und Utrecht vertreten. Die EU will mit

dem Projekt der seelischen Gesundheit von Kindern, die unter widrigen Umständen aufwachsen, größere Aufmerksamkeit schenken.

Kontakt

Prof. Dr. rer. nat. Michael Klein
KFH NRW Köln
Tel.: 0221 / 7757 - 156
e-mail: Mikle@t-online.de



► **Fachtagung Sucht und Familie**

Februar 2003

Der Forschungsschwerpunkt Sucht an der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (KFH NW), Abtlg. Köln, und der Landschaftsverband Rheinland, Köln, veranstalten am 20./21.02.2003 eine zweitägige Fachtagung zum Thema Sucht und Familie. Anhand von Beiträgen aus der angewandten Forschung und der Praxis wird die Sichtweise auf die Risiken und Entwicklungen bezüglich früher Suchtstörungen bei Kindern und Jugendlichen gelenkt. Die Beiträge beschäftigen sich u.a. mit der Einstiegssituation in den Tabak- und Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen, dem Innenleben der suchtbelasteten Familie, Essstörungen bei Töchtern suchtkranker Eltern, einem Ausblick auf die Hilfesituation für belas-

tete Kinder in anderen EU-Staaten, den Zusammenhängen zwischen Jugendkultur und Rauscherleben, den ambulanten und stationären Hilfeangeboten für früh konsumierende Kinder und Jugendliche sowie der Qualifizierung von Suchtexperten im Rahmen neuer Weiterbildungsmodelle.

Die Tagungsgebühren betragen 35 Euro.

Anmeldungen und weitere Informationen bei:

Frau Anne Pauly, KFH NW, Forschungsschwerpunkt Sucht, Wörthstraße 10, 50668 Köln, Tel.: 0221-7757-157, a.pauly@kfhnw.de



► **Stellungnahme zur Verbesserung der Suchtprävention**

Politik der Bundesregierung sieht sich durch das Votum bestätigt

Die Drogen- und Suchtkommission beim Bundesministerium für Gesundheit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk hat ihren Abschlussbericht zur Verbesserung der Suchtprävention vorgelegt. Das zwölköpfige Gremium spricht u.a. die Empfehlung aus, Präventionsmaßnahmen glaubwürdig und in sich konsistent zu gestalten. Die Drogen- und Suchtkommission beim Bundesministerium für Gesundheit, bestehend aus Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen, hat sich zur Aufgabe gemacht, die Zielsetzungen der Suchtprävention, aktuelle Strategien und Steuerungsstrukturen zu untersuchen und entsprechende Empfehlungen zur

Verbesserung der Suchtprävention auszusprechen.

Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass staatliche Verwaltung und Politik nicht vor schnell bestimmte Richtungen durch eigene Wertungen vorgeben sollten, um so die Möglichkeit eines offenen oder auch kontroversen Dialogs nicht einzuschränken.

Darüber hinaus sind Präventionsmaßnahmen nur dann erfolgreich, wenn sie glaubwürdig und in sich konsistent sind. Dies gilt beispielsweise für die Bereiche des Sozialleistungsrechts oder für die Wirtschaftsförderungspolitik, und zwar sowohl auf innerstaatlicher wie auf EU-Ebene. Nach Auffassung des Gremiums muss ein übergreifender Ansatz konzipiert werden, der

Präventionsmaßnahmen müssen glaubwürdig und konsistent sein

Förderung
der Prävention
durch öffentliche
Stiftungen?

► sich stärker an Entwicklungsprozessen im Kontext von Lebenswelten orientiert. Dazu zählen insbesondere die Lebenswelten „Schule“, „Elternhaus“ und „Arbeitsplatz“. Bei der Umsetzung solcher Konzepte sind konkrete Zielgruppen immer wieder neu zu benennen. Deren Auswahl kann anhand bestimmter Kriterien erfolgen, wie z.B. die einfache Erreichbarkeit der Zielgruppe. Außerdem sollte verstärkt Rücksicht auf die Bedeutung von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und sozialer Lage der Betroffenen genommen werden.

Die Kommission empfiehlt weiter, die Suchtprävention als Querschnittsaufgabe zu betrachten, was bedeutet, dass verschiedene Berufsgruppen an der Prävention beteiligt sind, wie Pädagogen, Psychologen, Mediziner oder Juristen. Alle Sparten sind aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen und eine möglichst konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Darüber hinaus müssen auf internationaler Ebene vermehrt Maßnahmen zur allgemeinen Senkung des Konsums psychoaktiver Substanzen unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für die legalen Substanzen Alkohol und Tabak. Zum einen soll die Anzahl der Raucher in der Bevölkerung gesenkt und zum anderen das Einstiegsalter bei Jugendlichen erhöht werden. Um eine effizientere Arbeit im Bereich der

Drogenprävention gewährleisten zu können, schlägt das Gremium vor, die Prävention soweit wie möglich aus der staatlichen Verwaltung auszugliedern und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bzw. analog dazu, die z.T. in Landesministerien angesiedelten Präventionsfachstellen, in eine öffentlich-rechtliche Stiftung umzuwandeln. Sowohl die Sozialversicherungsträger als auch private und öffentliche Sponsoren sind aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Darüber hinaus muss die Rolle der Präventionskoordinatoren auf kommunaler Ebene gestärkt werden.

Weiter gilt es, betäubungsmittelrechtliche und andere Rechtsvorschriften, die sich auf den Bereich der Prävention beziehen, zu befristen und regelmäßig zu evaluieren.

Schlussendlich regt die Kommission an, eine lebensweltbezogene, sozial- und verhaltenswissenschaftliche Forschung zu forcieren. Eine allgemeine Grundlagenforschung im Bereich der Evaluation ist zu etablieren.

Autorin: Natalie Scherer

Quelle: Stellungnahme zur Verbesserung der Suchtprävention: Politik der Bundesregierung sieht sich durch das Votum bestätigt (2002), in: Konturen 3, S. 26-27.

► **Suchtexperten mit akademischem Abschluss**

An der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (KFH NW), Abtlg. Köln, beginnt am 01. März 2003 der dritte Durchgang des bundesweit einzigartigen Studiengangs „Master Suchthilfe“. Dieser viersemestrige berufsbegleitende Studiengang mit einem Umfang von 812 Stunden ist für Absolventen der Fächer Medizin, Psychologie, Sozialpädagogik und Sozialarbeit offen und bereitet die Teilnehmer auf therapeutische und präventive Tätigkeiten speziell im

Umgang mit Suchtkranken und ihren Familien vor. Angeboten werden neben Theorieveranstaltungen das Erlernen und Einüben therapeutischer Methoden, Supervision und Selbsterfahrung.

Bei mehr als 8 Millionen Menschen, die von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen abhängig sind, findet das Angebot in der Praxis rege Resonanz. Gleichzeitig werden wissenschaftliche Grundlagen, z.B. im Bereich der Suchtmedizin,



der Suchtpsychologie und der Suchtforschung, vermittelt. Das Studium, das in den Räumlichkeiten der KFH NW in Köln stattfindet, kostet insgesamt 8.000 Euro und schließt mit dem europaweit anerkannten Titel eines Master of Science (M.Sc.) in Addiction Prevention and Treatment ab. Auch die deutschen Rentenversicherer (VDR) haben den Studiengang als Voraussetzung zur Tätigkeit in der ambulanten oder stationären Suchttherapie anerkannt. Hier werden besonders verhaltenstherapeutische

Methoden erlernt. Derzeit studieren bereits 50 Personen in zwei Studiengängen. Weitere Infos unter: www.kfhnw.de oder www.addiction.de

Kontaktadresse:

Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen
Forschungsschwerpunkt Sucht
Wörthstraße 10
50668 Köln

Master of Science

► *Duisburger Frauen fordern tabakpräventive Maßnahmen speziell für Mädchen und Frauen*

Keine Macht der Zigarette“ lautete eines von drei Themen der 6. Duisburger Frauenkonferenz, die am 16.11. unter dem Motto „Frauen powern für Gesundheit – Agenda 21 in Duisburg“ tagte. Dringender Handlungsbedarf ergab sich für die Duisburgerinnen aufgrund der Tatsache, dass in NRW immer mehr und immer jüngere Mädchen mit dem Rauchen anfangen. In der Altersgruppe der 15-Jährigen greifen 27,6% der Jungen und bereits 35,8% der Mädchen regelmäßig zur Zigarette.

Alarmierend war im Weiteren der Tatbestand, dass in Duisburg die Zahl der an Lungenkrebs erkrankten Frauen weit über dem NRW-Durchschnitt liegt. Ein Zusammenhang mit dem Rauchen kann nicht ausgeschlossen – ja, muss sogar angenommen werden. Beim Rauchverhalten gibt es einen Trend zur Geschlechterangleichung. Mit dem sich langsam erhöhenden Anteil der Zigarettenraucherinnen erkrankten auch immer mehr Frauen an Lungenkrebs. Hinter Brust- und Darmkrebs liegt Lungenkrebs an dritter Stelle der Krebstodesursachen bei Frauen. Die TeilnehmerInnen der 6. Duisburger Frauenkonferenz erarbeiteten vor diesem Hintergrund

entsprechende Forderungen zur mädchen- und frauenspezifischen Tabakprävention vor Ort.

Empfohlene Maßnahmen waren:

- eine Mädchenspezifische Kampagne zur Förderung des Nichtrauchens an Duisburger Schulen
- tabakpräventive Beratungsangebote und Ausstiegshilfen speziell für Schwangere und Mütter
- spezifische Beratungsangebote und Ausstiegshilfen für Mädchen und Frauen (hierzu sollen örtliche und regionale Unterstützungsmöglichkeiten eruiert und veröffentlicht werden)
- Stärkung der Selbsthilfe
- Schutz vor Passivrauchen durch unterschiedlichste Angebote und Maßnahmen, die die Familie, Schule und öffentliche Einrichtungen betreffen.

Die Lebenswelten verschiedener Nationalitäten sollen hierbei berücksichtigt werden.

Darüber hinaus machte das Impulsreferat von Frau Dr. Bornhäuser (Deutsches Krebsforschungszentrum) deutlich, dass eine nachhaltige Tabakprävention deutliches Handeln auf gesetz-

Keine Macht den Zigaretten

Umsetzung
durch die
Kommunale
Gesundheits-
konferenz

geberischer Seite beinhalten muss. Verschiedene Maßnahmen müssten aufeinander abgestimmt werden. Hierzu gehöre neben massenmedialer und schulischer Tabakprävention u.a. die Erhöhung der Tabaksteuern, die Bekämpfung des Tabaksmuggels, eine Ausweitung der Produktkennzeichnungspflicht und Verbraucherinformation, eine Einschränkung von Abgabe und Vertrieb und vor allem ein umfassendes Verbot der Tabakwerbung.

Die 6. Duisburger Frauenkonferenz unterstützte ausdrücklich die durch Frau Dr. Börnhäuser vorgetragene Empfehlungen des Deutschen Krebsforschungszentrums, dessen Mitarbeiterin Frau Dr. Poetschke-Langer Ansprechpartnerin für Deutschland im Rahmen des „International Network for Women against Tobacco“ (INWAT) ist.

Im Weiteren wurde in Duisburg vereinbart, den im Rahmen der Konferenz aufgestellten Forderungskatalog mit der Bitte um Unterstützung bzw. Umsetzung an die Kommunale Gesundheitskonferenz, den Gesundheits- und Sozialausschuss, an frauen- und agendarelevante Frauengruppen und Institutionen sowie an entsprechende Landesinstitutionen weiterzuleiten. Auf der 6. Duisburger Frauenkonferenz wurden

des Weiteren das Thema „Brustkrebs“ und das Thema „Essstörungen“ behandelt.

Kontakt

Frauenbüro der Stadt Duisburg
Tel.: 0203/283-3316.

Autorin: Karin Franke

Quelle: Gesundheit fördern – Tabakkonsum verringern: Handlungsempfehlungen für eine wirksame Tabakkontrollpolitik in Deutschland. Rote Reihe Tabakprävention und Tabakkontrolle, Sonderband I. Deutsches Krebsforschungsinstitut, Heidelberg 2002. (Tel.: 06221/43-3007)



Impressum

Herausgeber: Landeskordinierungsstelle für Suchtvorbeugung in NRW, GINKO Arbeitsbereich „Transfer“, Kaiserstr. 90, 45468 Mülheim an der Ruhr, Hans-Jürgen Gass

AutorInnen: A. Fiedler, K. Franke, H.-J. Gass, T. Kirsten, N. Scherer, Th. Schweer, St. Zdun,

Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln

Druck: GINKO, Mülheim an der Ruhr

Datum: Februar 2003